Nummer 92 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feuerreiter" und mehreren Textbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit St. Bennoblatt und Feuerreiter M. 1,70
Ausg. B. ohne St. Bennoblatt u. mit Feuerreiter M. 1,20
Ausg. C ohne St. Bennoblatt u. ohne Feuerreiter M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A—B und C
Donnerstag, den 18. April 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 8 Pfg., — für Familienanzeigen und Stellengesuche 5 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernr. 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pollerstr. 17, Fernr. 21012,
Postscheck: Nr 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94767

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einstweilige Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort Dresden

Vor der Entscheidung des Genfer Rats

Um das Schicksal der Mächte-Entschließung

Genf, 17. April.

Man hält es hier für möglich, daß die Tagung des Völkerbundsrates am Mittwoch abgeschlossen wird. Sir John Simon soll den Wunsch geäußert haben, Genf auf alle Fälle heute abend zu verlassen.

Im allgemeinen herrscht die Auffassung, daß die gestern vorgelegte Entschließung (der Wortlaut findet sich auf Seite 3) keine großen Veränderungen mehr erfahren werde und daß eventuelle Abänderungsvorschläge nur noch in Form von zusätzlichen Erklärungen erscheinen werden. Ueber die Zahl der Stimmenthaltungen herrscht noch keine Sicherheit. Da außer dem dänischen Außenminister auch die Vertreter der drei lateinamerikanischen Staaten Mexiko, Chile und Argentinien bei ihren Regierungen um Weisungen nachgesucht haben, ist deren Haltung noch unbestimmt. Was denn Chile und Argentinien anlangt, ist es möglich, daß sie durch die Beschränkung zukünftiger Sanktionen auf Europa befriedigt sind und daher für die Entschließung stimmen.

•

London, 17. April.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" bezeichnet es in seinem Genfer Bericht als zweifelhaft, ob die drei Stresaer Mächte heute eine einstimmige Aeußerung des Völkerbundsrates zu dem von den drei Mächten vorgelegten Entschließungsentwurf erreichen werden. Polen, Dänemark und vielleicht auch noch ein oder zwei südamerikanische Staaten seien am Dienstagabend geneigt gewesen, sich der Stimme zu enthalten. Den Widerstand der kleineren Staaten will der Korrespondent aus zwei Erwägungen erklären können. Erstens seien sie, wie schon bei früheren Gelegenheiten, erbittert darüber, daß sie einen von drei Großmächten vorher vereinbarten Weg gehen sollten und zweitens fürchteten einige der „Neutralen", daß der Völkerbund in ein Werkzeug verwandelt werde, das nur gegen Deutschland Verwendung finde. Dennoch sei, so behauptet der diplomatische Korrespondent, die allgemeine Stimmung in den Wandelgängen gewesen, daß die Entschließung nicht viel Schwierigkeiten bereiten werde. Ueberhaupt sei an dem Schicksal der Entschließung nicht so viel gelegen, vielmehr komme alles auf die wahren Absichten der drei Stresa-Mächte an.

Unter den neutralen Staaten, die dem Entschließungsentwurf gegenüber Bedenken zeigten, nennt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" Spanien, Dänemark und Portugal sowie Mexiko Argentinien und Chile. Der englische Berichterstatter meint allerdings, daß diese Bedenken bereits größtenteil überwunden worden seien. Die Haltung Polens werde wahrscheinlich vor dem heutigen Zusammentritt des Völkerbundsrates geklärt sein. In amerikanischen Kreisen sei man anscheinend der Ansicht, daß das ins Auge gefaßte Vorgehen ungeeignet zur Förderung des europäischen Friedens sei und daß deshalb an engere Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa nicht gedacht werden sollte.

Die Karwoche in St. Peter

Am Gründonnerstag findet in diesem Jahre in der Sixtinischen Kapelle des Vatikans in Gegenwart des Papstes, der Kurien-Kardinäle und der römischen Prälaten ein feierlicher Gottesdienst statt, den Kardinal Granito Belmonte abhalten wird.

Ebenso am Karfreitag, 9.30 Uhr, findet die Missa sanctificatorum statt, die Kardinal de Rossi feiern wird. Nach dem Evangelium (Passion) wird der apostolische Prediger Pater Vigil de Valstagna die Predigt halten.

Am Ostersonntag wird, wie berichtet, am Hauptaltar der St.-Peters-Kirche um 9.15 Uhr der Heilige Vater selber die feierliche Pontifikalhandlung vornehmen. In feierlichem Zuge wird dabei Pius der Elfte auf dem Tragsessel von den Kardinälen und Prälaten zur St.-Peters-Basilika geleitet, dann wird er vor ausgesetztem Allerheiligsten eine kurze Andacht in der Kapelle der Heiligen Dreifaltigkeit verrichten, um von hier zum Hochaltar zu ziehen, wo er die Huldigung der Kardinäle entgegennimmt. Nach dem Gottesdienst werden die Passionsreliquien in der Peterskirche verehrt, und der päpstliche Zug setzt sich durch die Peterskirche in Bewegung und begibt sich auf die äußere Loggia (Balkon) der Peterskirche, von wo der Heilige Vater die Menge auf dem Petersplatz segnet.

Die Mittwoch-Sitzung des Völkerbundsrats

Litwinows „Anklage"

Genf, 17. April.

Nach einer kurzen geheimen Sitzung des Völkerbundsrates, die lediglich der Behandlung der abessinischen Frage gewidmet war, wurde in öffentlicher Ratssitzung die weitere Erörterung der französisch-englisch-italienischen Entschließung (Text Seite 3) zum deutschen Schritt vom 16. März fortgesetzt. Als erster Redner ergriff, wie erwartet, der

sowjetrussische Außenkommissar Litwinow

das Wort.

Er begann mit der Feststellung, daß gestern die Unterzeichner des Versailler Vertrages, die durch den deutschen Schritt unmittelbar berührt seien, gesprochen hätten. Sowjetrußland sei für Versailles nicht verantwortlich, aber als Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundsrates sei es durch eine Verletzung des Völkerbundspaktes durch einen Staat, der noch Mitglied des Völkerbundes sei, ebenfalls berührt. Gewiß müßten alle Staaten für ihre Sicherheit sorgen, man werde, wenn ein Staat sich Waffen anschaffe, zunächst annehmen, daß es zu defensiven Zwecken geschehe.

Diese Annahme werde aber zweifelhaft, wenn diese Waffen nicht zu Verteidigungszwecken, sondern offensichtlich zur Revanche (!) und zu einer Gewaltpolitik bestimmt sein könnten, die die Sicherheit benachbarter Staaten bedrohe. Wenn ein Staat, der durch ein Staatsoberhaupt regiert werde, unbegrenzte Eroberungsziele als sein Programm bezeichnet habe, dann sei eine andere Lage geschaffen. Deutschland habe keinerlei Garantien dafür gegeben, daß es an diesen Zielen nicht mehr festhalte. Der sowjetrussische Außenkommissar stellte sodann die Frage auf, ob man vor derartigen Tatsachen die Augen schließen könne. Litwinow suchte sodann die „Gefährlichkeit" Deutschlands durch einen Vergleich zu demonstrieren. Er behauptet, daß, wenn in einer Stadt sich ein Individuum, das die Absicht kundgetan habe, die Häuser der Bürger zu zerstören, illegal Waffen besorgt habe und dann beruhigende Zusicherungen gebe, zweifellos keine Sympathien erzeugt würden. Litwinow stellte in Zweifel, ob man die Versicherungen eines derartigen angriffslustigen Individuums ernst nehmen könne, das fähig sei, sich über alle Gesetze hinwegzusetzen. (Hier zeichnete Litwinow offenbar es selbst zu wollen, in hervorragender Weise den Durchschnittstyp des kommunistischen Revolutionärs. Die Schriftl.) Litwinow erklärte sodann abschließend, er wäre froh, wenn Deutschland hier anwesend wäre und die Gelegenheit ergreifen möchte, von seinem Programm der Revanche und der Eroberungsgelüste abzurücken. Leider sei hierzu keine Aussicht vorhanden.

Nach Litwinow sprachen nach einander die Vertreter Portugals, Australiens und Spaniens. Alle drei werden der Entschließung zustimmen. Der Vertreter Spaniens knüpfte an seine Zusage allerdings eine ziemlich starke Kritik.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Schwierigkeiten für die geplante Donau-Konferenz

London, 17. April.

Zu der geplanten Donau-Konferenz berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" aus Genf, einige der Staaten der Kleinen Entente seien offenbar abgeneigt, mit Ungarn am Konferenztisch die Aufrüstung der weniger bewaffneten mitteleuropäischen Staaten und die Organisierung der Sicherheit in Mitteleuropa zu erörtern. Diese Schwierigkeiten seien vielleicht überwindbar, zunächst aber werde man den falschen Eindruck beseitigen müssen, als ob die Großmächte den kleineren Staaten ihren Willen aufzuzwingen versuchten. Der Korrespondent will mitteilen können, daß einstweilen die Mitglieder der Kleinen Entente entschlossen seien, in Ungarn einzumarschieren, falls dieses Land aufrüste. In britischen Kreisen halte man es für wesentlich, daß die geplante Konferenz von Rom für Sicherheit ebenso wie für Kontrolle Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens sorge.

Neue Zusammenkunft Litwinow—Laval in Genf

Moskau, 17. April.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, fand Dienstag in Genf eine neue Zusammenkunft zwischen Litwinow und Laval statt, an der auch der französische Generalsekretär des Außenministeriums Leger teilnahm.

In der Unterredung soll Laval Außenkommissar Litwinow von der Aenderung seines Reiseplanes verständigt haben, zunächst nach Warschau zu fahren, um dort noch einmal Rücksprache wegen des Ostpaktes zu halten. Litwinow soll Laval nur unter der Bedingung zugestimmt haben, daß anschließend daran und unabhängig von dem Warschauer Ergebnis das sowjetrussisch-französische Beistandsabkommen unbedingt in Moskau unterzeichnet wird.

Am Donnerstag außenpolitische Unterhausaussprache?

London, 17. April.

Die Arbeiterpartei beschloß am Dienstagabend, die Entscheidung, ob sie bei der morgigen letzten Unterhaussitzung vor den Osterferien eine Aussprache über die Außenpolitik herbeiführen solle, von dem Inhalt der für heute erwarteten Unterhauserklärung Macdonalds abhängig zu machen. Falls die Arbeiterpartei mit der Erklärung zufrieden ist, werden am Donnerstag nur innerpolitische Fragen erörtert werden.

Eine Gedächtniskirche für den Internationalen Eucharist. Kongreß in Buenos Aires

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, besteht der Plan, an einer innerhalb der Hauptstadt freiwerdenden Stelle den Bau einer großen Kathedrale vorzunehmen. Einen starken Antrieb erfuhr dieses Vorhaben durch den Apostolischen Nuntius Philipp Cortesi, welcher in einem an die technische Magistratskommission von Buenos Aires gerichteten Schreiben betonte, daß „das neue Gotteshaus das Siegel auf den 32. Internationalen Eucharistischen Kongreß und das größte Werk des argentinischen Edelmutes und Glaubens sein werde". Die neue Gedächtniskathedral soll das gewaltigste kirchliche Bauwerk von ganz Amerika werden.

Die Kommission für den Bau des Gotteshauses richtete an den Staatspräsidenten eine Botschaft, in der sie ihn bittet, die Schirmherrschaft über den Bau der neuen Kathedrale zu übernehmen, um so alle Katholiken für ihn zu interessieren, die das große religiöse Erlebnis im Oktober des vorigen Jahres miterleben durften.

Der Präsident, General Justo, versicherte daraufhin sein größtes Interesse daran, daß der Bau der neuen Kathedrale gelingen und ein würdiger und gläubiger Ausdruck der Religiösität des argentinischen Volkes sein möge.

Doch weitere Verfahren gegen Insull

Washington, 17. April. Die kürzlich von Chicago aus verbreitete Nachricht, daß die Bundesbehörden alle schwebenden Klagen gegen den ehemaligen Elektrizitätskönig von Chicago, Samuel Insull, zurückziehen wollen, sind vom Bundesjustizministerium dementiert worden. Das Ministerium ließ erklären, daß man die verschiedenen Klagen, die auf Verletzung der Konkursbestimmungen bei dem Riesenbankrott Insulls laufen, weitergehen läßt.

19 000 Mark von einem falschen Devisenkontrolleur erschwindelt

Berlin, 17. April. In den Mittagsstunden des 6. April 1935 suchte ein Schwindler eine Frau in ihrer Wohnung in Berlin-Wedding auf und gab sich ihr gegenüber als „Devisenkontrolleur" aus. Er erklärte, er habe Auftrag, die Wohnung durchsuchen zu müssen, wenn ihm nicht etwa versteckte Devisen freiwillig vorgelegt würden. Die Frau glaubte tatsächlich, mit einem Beamten zu tun zu haben und legte dem Betrüger ihr gesamtes Vermögen in barem Gelde in Höhe von 19 000 Mark zur Einsichtnahme vor. Nun erklärte der Betrüger, daß er das Geld mitnehmen müsse, da seine Behörde darüber entscheiden werde, ob sie es zurückerhielte. Er zählte dann das Geld ab, legte es in einen mitgebrachten kleinen Pappkarton und entfernte sich. Zu spät erkannte dann die Frau, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war.

SLUB
Wir führen Wissen.